



Humanismus leben

... Zeitschrift des Humanistischen Verbandes Niedersachsen



Ein Feiertag für alle?

Unser Verband schlägt den Tag der Menschenrechte vor. Ein Großteil der Menschen wünscht sich einen solchen Feiertag, der allen etwas bedeutet. Ein kirchlicher tut dies nicht. Trotzdem beharren Politik und evangelische Kirche auf dem Reformationstag.

Vorabzug der Ausgabe 1 | 2018

„Humanismus leben“ ist die Verbandszeitschrift des HVD Niedersachsen. Sie erscheint vierteljährlich.

Die vollständige Ausgabe 1 | 2018 erscheint am 1. März und steht dann als Pdf zum Download auf www.hvd-niedersachsen.de/humanismus-leben.html für Sie bereit.





Inhalt

	Editorial	1
Titelthema	Ein Feiertag für alle?	2
	Vorschlag des HVD: Internationaler Tag der Menschenrechte.....	4
	Norddeutscher Konsens der Länderchefs.....	5
	Beispielhafte Diskussion: Wir sind nicht Niemand.....	7
	Säkulare Position wird ignoriert.....	8
HVD Niedersachsen	Wer wir sind.....	9
	Unsere Leistungen und Angebote.....	9

Weitere Themen der vollständigen Ausgabe

Nachrichten Suizidhilfe | Keine Entscheidung zu Ethikunterricht | Atheisten werden weltweit diskriminiert | Ein halbes Todesurteil weil er Platon nicht kennt | Interview: Eine autoritäre Revolte gegen die Aufklärung **Teil 2 der Serie „Menschen in der LAB“** Jung und freiwillig: unser „BuFDi“ in der Begegnungsstätte **JuHu** Wie tickt die Jugend? | JuHu: Angebot für humanistische Jugendliche | Stellenausschreibungen: BuFDi beim Humanistischen Verband **HVD vor Ort** Süd-Ost | Weser-Ems **Medien und Angebote** | **Kontakte**

Impressum

Erscheinungsdatum: 1. März 2018 | **Herausgeber:** Humanistischer Verband Niedersachsen, K. d. ö. R.
Otto-Brenner-Straße 20–22 | 30159 Hannover | Telefon: 0511 167691–60 | Mail: zentrale@humanisten.de
Redaktion: Lutz Renken, Svenja Thiel | rundbrief@humanisten.de | **Layout:** Svenja Thiel

Bildnachweis: Titel: CC0; Einband innen/vorne: JuHu Nds.; Seite 1: HVD Bayern/Körner, Roland Schwerdtfeger, JuHu Nds., HVD Nds.; Seite 2: CC0; Seite 3: Patrick Gruban (CC-BY-SA-2.0); Seite 4: University of Essex (CC BY 2.0); Seite 5: Haeferl (CC BY-SA 3.0); Seite 6: CC0; Seite 7: Screenshot lutherbonbon.de; Seite 8: HVD Nds.; Seite 9: HVD Nds., JuHu-Hannover; Einband außen: HVD Nds.



Liebe Leserinnen und Leser,

gerade schaue ich mir die Seite „reformationsfeiertag.info“ an und staune nicht schlecht. Die evangelische Kirche möchte auf dieser Seite Gründe für den Reformationstag als Feiertag vermitteln. Mein Eindruck ist jedoch viel mehr, dass es letztlich darum geht, das protestantische Erbe als sinnstiftend für unsere Kultur dauerhaft zu verankern. Die Reformation wird dabei als wesentlicher Motor des Fortschritts dargestellt und mit dem Renaissance-Humanismus und der folgenden Zeit der Aufklärung gleichgesetzt. So ist zu lesen: *„Reformation heißt Mut zum Wandel. Dieser Mut ist keine exklusive religiöse Frage, aber für Millionen von Menschen liegt die Hoffnung auf Veränderung auch in religiösen Bildern und im Vertrauen auf Gott.“* Doch Millionen Andere setzen ihre Hoffnung darauf, ganz ohne Gottvertrauen, allein durch verantwortliches Denken und Handeln, die Welt zu einem besseren Ort machen zu können.

Unsere Gesellschaft beruht nicht (mehr) auf genuin christlichen oder gar protestantischen Vorstellungen und Werten. Viel bedeutender sind humanistische Werte wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität – ob sie nun weltlich oder religiös begründet werden. Und diese Werte werden nirgends deutlicher, als in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Daher habe ich mich in den letzten Wochen persönlich für den von unserem Verband vorgeschlagenen Tag der Menschenrechte als Feiertag eingesetzt, der alle Menschen verbindet. In vielen persönlichen Gesprächen und auf Diskussionsveranstaltungen konnte ich feststellen, wie konsensfähig unser Vorschlag als weltlicher Feiertag für alle wirklich ist. Umso erstaunlicher finde ich es, dass diese Position von der Politik und zum Teil auch von den Medien nicht angemessen wahrgenommen wird.

Unsere Aufgabe als Verband und auch als Humanisten ist es, der stillen Mehrheit Gehör zu verschaffen, die sich nicht unter die Deutungshoheit einzelner Religionen oder Konfessionen begeben wollen. Viele Menschen erfahren erst durch unsere öffentlichen Stellungnahmen und Auftritte, dass ihre Haltung einen Namen hat: Humanismus. Sie sind nicht Niemand!

Diese Aufklärungsarbeit sind wir den Menschen schuldig. Sie erfordert Beharrlichkeit und Geduld, Freundlichkeit im Umgang mit Andersdenkenden und Bestimmtheit in der Sache. Und genau dafür bedanke mich sehr herzlich bei den vielen Haupt- und Ehrenamtlichen! Nur mit ihrem Einsatz, auch in persönlichen Gesprächen, Leserbriefen und vielem mehr, werden wir den Konfessionsfreien und Humanisten in Niedersachsen eine Stimme geben können.

Ihr Guido Wiesner
Präsident des Humanistischen Verbandes Niedersachsen



Wird der neue gesetzliche Feiertag ein weiterer kirchlicher, an dem alle außer den überzeugten Religionsvertretern ihre Füße hochlegen? Oder einigt die Politik sich auf einen Feiertag für alle, wie dem vom HVD vorgeschlagenen Internationalen Tag der Menschenrechte?

Titelthema

Ein Feiertag für alle?

Die Landesregierung beharrt auf dem 31. Oktober

Bereits Anfang letzten Jahres schlug der seinerzeitige Landtagspräsident und vormalige Kultusminister Bernd Busemann vor, den Reformationstag über das 500-jährige Jubiläum hinaus in Niedersachsen dauerhaft zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen. Schon damals forderte der Humanistische Verband stattdessen den Tag der Menschenrechte als Feiertag für alle.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern steht Niedersachsen mit nur neun Feiertagen eher bescheiden da: Andere Länder haben zwölf, Spitzenreiter Bayern sogar 13. Der Reformationstag ist in den östlichen „neuen“ Ländern gesetzlicher Feiertag, nicht aber in Berlin und dem restlichen Bundesgebiet. 2017 war der 31. Oktober einmalig bundesweit arbeitsfrei.

Luther-Tag als Wahlkampfgeschenk

„Ich kann mir gut vorstellen, den Reformationstag auch in Niedersachsen dauerhaft zum Feiertag zu machen“, sagte Ministerpräsident Stephan Weil im vergangenen September dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND), und griff damit die Idee des Christdemokraten Busemann mitten im Wahlkampf wieder auf. Im selben Interview machte er auch deutlich, dass er allein religiösen Feiertagen eine ausreichende Legitimation zugesteht: „Jeder weltliche Feiertag hätte etwas Zufälliges.“

Da auch CDU-Spitzenkandidat Bernd Althusmann sich schon im Wahlkampf für den Reformationstag ausgesprochen hatte, verwundert es nicht, dass dieser von der großen Koalition nun vorangetrieben wird. Weil versprach, dass dieser Tag nicht nur zwischen SPD und CDU diskutiert werden müsse, sondern auch über Parteigrenzen hinweg und mit den Religionsgemeinschaften. Dass er mit Religionsgemeinschaften wirklich nur diese und nicht die mit ihnen gleichgestellten Weltanschauungsgemeinschaften meinte, wurde schnell deutlich. Trotz vormaliger Zusicherung des Ministerpräsidenten, in religiös-weltanschaulichen Fragen immer auch den Humanistischen Verband als anerkannte Weltanschauungsgemeinschaft und säkulare Stimme anzuhören, hat die Landesregierung die Feiertagsfrage allein mit Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften beraten.

Doch auch bei diesen gab es Vorbehalte bis hin zu deutlicher Ablehnung gegenüber dem Reformationstag, allen voran von den Jüdischen Gemeinden, die dem Gedenken an den „Juden-Hasser“ Luther ein deutliches „Nein!“ entgegneten.

Haltung der Religionsgemeinschaften

Am Reformationstag wird Luthers Thesenanschlag und damit des Ursprungs des Protestantismus gedacht. Die Evangelische Kirche feiert sozusagen ihren „Geburtstag“. Das soll nicht despektierlich klingen – genauso erklärt es die Nordkirche auf ihrer Seite „www.lutherbonbon.de“ Kindern und Jugendlichen, die an Halloween doch bitte den Reformationstag nicht vergessen sollen.

Somit ist der Reformationstag ganz klar ein kirchlicher, sogar konfessioneller – weil evangelischer – Feiertag. Kritische Humanisten könnten nun vermuten, dass dieser Feiertag von der Kirche genutzt werden wird, um ihre herausragende Bedeutung und kulturelle Dominanz gesellschaftlich weiter festzuschreiben und sich als unverzichtbare, staatstragende Institution darzustellen. Könnte da etwas dran sein? Die evangelische Kirche scheint zumindest nichts dagegen zu haben, ihren „Geburtstag“ zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen.

Bei der anderen großen christlichen Konfession, der

Katholischen Kirche, ist die Reaktion schon verhaltener. Nachdem sich Ministerpräsident Stephan Weil und Landesbischof Ralf Meister beim Epiphaniens-Empfang im Kloster Loccum erneut für den Reformationstag als dauerhaften gesetzlichen Feiertag ausgesprochen hatten, äußerte der katholische Bischof von Osnabrück, Franz-Josef Bode, gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung seine Bedenken. Er warnte davor, die „konfessionelle Teilung“ zu forcieren. Vielmehr fordert er, dass alle Gruppen der Gesellschaft in einen Dialog treten. Doch ein weltlicher Feiertag solle es aber nun auch nicht sein: „Wir haben in dieser Gesellschaft eine starke Prägung durch die Religion. Wir wollen das nicht abtun, wir wissen, was die Religion bedeutet.“



Die Bayern sind spitze im Feiern: Von deren 13 Feiertagen können Niedersachsen nur träumen.

Kritischer als die Katholiken und deutlicher mit der Person Luthers verknüpft, äußerten sich die Jüdischen Gemeinden. Der Feiertag sei mit einem „Juden-Hasser“ verbunden und daher „eine Zumutung“. So hatte der Präsident

der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, Michael Fürst, in einem offenen Brief an die Abgeordneten des Landtags deutlich gemacht, dass er eine Entscheidung für den Reformationstag für untragbar halte. Luther habe in seinen Schriften die Vertreibung von Juden und das Niederbrennen von Synagogen gefordert. Auch der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden hält den Reformationstag nicht für die richtige Wahl.

Haltung der Parteien und Verbände

Die Koalitionspartner SPD und CDU hatten bereits im Wahlkampf für einen weiteren Feiertag geworben und machen sich durchgehend für den Reformationstag stark. Für die CDU ist die christliche Prägung des zukünftigen Feiertages geradezu Voraussetzung.

Die Grünen sind für einen weiteren Feiertag, dieser sollte allerdings ein weltlicher sein, wie beispielsweise der Europatag am 9. Mai. Die FDP lehnt einen zusätzlichen Feiertag grundsätzlich ab. Da Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Kosten unter sich aufteilen müssen, sollten laut FDP-Chef Stefan Birkner Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zumindest maßbeglich an der Entscheidungsfindung beteiligt werden.

Die Wirtschaftsverbände sind strikt gegen jeden zusätzlichen Feiertag. Der DGB fordert hingegen einen zusätzli-

chen Feiertag. Niedersachsen habe im Ländervergleich zu wenige arbeitsfreie Tage. Welcher Tag es werden soll, ob kirchlich oder weltlich, schien für die Arbeitnehmervertreter jedoch bislang keine Rolle zu spielen. Gewerkschaften sind schließlich keine säkularen Interessenverbände, auch wenn dies aus der Politik immer dann behauptet wird, wenn Humanisten fordern, dass beispielsweise in Rundfunkräten auch säkulare Organisationen wie der Humanistische Verband vertreten sein sollten.

Es lässt sich also zusammenfassen: Die Wirtschaft und die wirtschaftsnahe FDP sind gegen einen weiteren Feiertag, Arbeitnehmer und die großen Volksparteien sind dafür. Dass der Reformationstag ein kirchlicher Feiertag ist, macht es der CDU leichter, ihren wirtschaftsfreundlicheren Wählern einen weiteren arbeitsfreien Tag aufzubürden.

Sowohl auf die SPD, mit ihrer weit zurückreichenden freidenkerischen und laizistischen Tradition, als auch auf Gewerkschaften sollten Humanisten sich nicht verlassen. Die Trennung von Staat und Kirche hat in den etablierten Parteien und Verbänden offensichtlich keinen hohen Stellenwert. Einzig die Grünen sind der Auffassung, dass die Einführung eines säkularen Feiertags für alle wünschenswert und sinnvoll ist. Ob sie bis zur Drucklegung dieser Zeitschrift sich vielleicht doch noch auf den Reformationstag einlassen?

Vorschlag des HVD: Internationaler Tag der Menschenrechte

In diesem Jahr jährt sich am 10. Dezember die Deklaration der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen zum 70. Mal.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948 ist zu verstehen als eine Reaktion auf die Irrungen und Verbrechen des 20. Jahrhunderts, besonders auch in

Deutschland und im Namen des deutschen Volkes. Der Humanistische Verband schlägt daher vor, den internationalen Tag der Menschenrechte bereits in diesem Jahr dauerhaft als gesetzlichen Feiertag einzuführen.

Dieser neue Feiertag vermag die Menschen mehr zu verbinden als jeder religiöse Feiertag, denn...



„Chalking of the steps“ – Eine tolle Aktion von Studenten der University of Essex am Tag der Menschenrechte 2013. Jede Stufe trägt einen Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.



„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“

Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – Freiheit, Gleichheit, Solidarität

- (1) Menschenrechte sind nicht konfessionell gebunden (Religionen spaltend);
- (2) Menschenrechte sind nicht religiös gebunden (Nicht-religiöse ausgrenzend), sondern für alle gleichermaßen bedeutend;
- (3) Menschenrechte stehen für die Würde und die Rechte aller Menschen;
- (4) Menschenrechte betreffen den Alltag der Menschen und sind für alle leicht verständlich und nachvollziehbar, egal welcher Sprache und Herkunft.

Kurz gesagt: Menschenrechte sind das Gegenteil von Diskriminierung und bieten für alle Glaubensgemeinschaften, Kulturen und humanistische Weltanschauungen eine verbindende Grundlage. Dies eröffnet allen gesellschaftlichen Gruppen sowie auch Einzelpersonen, sich in unterschiedlichsten Formen des Gedenkens, Feierns und Gestaltens einzubringen. Denn um den Geist der Menschenrechte mit Leben zu füllen, dafür braucht es Menschen, die sich mit ihnen identifizieren und ihre Umsetzung, Einhaltung und Fortentwicklung aktiv unterstützen.

Norddeutscher Konsens der Länderchefs

Am 1. Februar hatten die Regierungschefs der norddeutschen Bundesländer empfohlen, den 31. Oktober als zusätzlichen Feiertag zu wählen. Sie riefen die Landesparlamente von Bremen, Hamburg, Niedersachsen und

Schleswig-Holstein auf, bis zur Sommerpause eine Entscheidung zu treffen. Kritiker sehen hier eine Umgehung der Landesparlamente, die diese Vorgaben lediglich „abzusegnen“ haben.

Das ist aus humanistischer Sicht erstaunlich, da bis auf den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther (CDU, katholisch) alle Länderchefs selbst konfessionslose Sozialdemokraten sind. So wollte Bremens Bürgermeister Carsten Sieling den 31. Oktober auch nicht primär als religiösen Feiertag sehen, sondern in erster Linie als einen gesellschaftlichen. Gegenüber Bild Online sagte Sieling: „Es geht doch beim Reformationstag um den Aufbruch, den Beginn der Aufklärung, der damals von Martin Luther ausgelöst wurde.“

Mit diesem verzweifelten Versuch, dem Eindruck eines religiösen oder gar konfessionellen Feiertages entgegenzuwirken, bürdet er Luther etwas zu viel des Guten auf. Das machte der ehemalige SPD-Chef Niedersachsens, Joke Bruns, in seinem Referat mit dem Titel „Luther und die Moderne“ bereits im Reformationsjahr 2017 deutlich. Bruns zieht folgenden Schluss:

Luther dachte und fühlte in einer rückwärtsgewandten theologischen Grundhaltung. Er war verortet im mittelalterlichen Aberglauben, in frühmittelalterlicher Anthropologie, in einem Staatsverständnis feudalistischer Art. Er hatte kein Gespür für die sich anbahnenden geistigen Kräfte, für die neuen Entdeckungen, die neuen Wissenschaften, die philosophischen

Konsequenzen, also für all das, was sich dann im Humanismus, der Renaissance und später der Aufklärung Bahn brechen sollte. (...)

In Luthers Zeiten bebte schon die Erde unter dem Druck der neuen Kräfte. Er fühlte es nicht. Luther war ein geschichtsmächtiger Großer. Ohne sein Wirken ist das neue Europa nicht denkbar. Aber er war kein Ankerpunkt für Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte. Er hat die Tür zur Moderne geöffnet. Hätte er das gewusst, er hätte sie verriegelt. (Der Beitrag ist in Ausgabe 1|2017 nachzulesen, sie steht zum Download auf www.hvd-niedersachsen.de/download.html als Pdf bereit. Der Radiobeitrag ist hier nachzuhören: www.soundcloud.com/hvd-niedersachsen.)

Am Ende wird es doch der Reformationstag

Warum? Weil es ihn bereits gab – einmalig im „Reformationsjahr“ 2017. Und weil es ihn schon länger gibt – in den ostdeutschen Bundesländern.

In kirchlicher Sprache ausgedrückt: Es ist ein Dogma. Dies lässt sich definieren als eine Auffassung, die gerechtfertigt ist, weil man sie schon hat. So erübrigt sich dann jede Diskussion und jeder Versuch, einen zeitgemäßen, sinnvollen und zukunftsfähigen Feiertag für alle zu fin-



Ob gesetzlicher Feiertag oder nicht – süße Monster genießen den 31. Oktober

den. In der Sprache des Alltags ausgedrückt: Wir verdanken den neuen kirchlichen Feiertag der Trägheit unseren norddeutschen Länderchefs.

Ist der Reformationstag also kein konfessioneller Feiertag?

Ist es nun so, wie die Haltung der Gewerkschaften und der SPD nahelegen, dass der Symbolhaftigkeit des konkreten Feiertags keine große Bedeutung beigemessen wird oder diese nach Gutdünken uminterpretiert werden kann? Wenn am Ende nur die „seelische Erhebung“ und das Nord-Süd-Gefälle als Begründung dienen und die Tatsache, dass der Reformationstag im weitgehend atheistisch geprägten Mecklenburg-Vorpommern schon besteht, dann darf man die Bedeutung des Anlasses nicht als allgemeingültig für alle ansehen.

Dann ist es lediglich ein generischer Feiertag, an dem Familien sich genauso gut Kürbisse schnitzen und Halloween feiern können, ohne von Theologen in kirchlichen Radiosendungen den wahren, wirklichen Grund des Feiertags gepredigt zu bekommen und mit Luther-Bonbons abgesselt zu werden.



Süßer Luther statt unchristliche Streiche. Die Kirche will ihre Deutungshoheit nicht verlieren.

Humanisten sollten dann als Nichtgläubige endlich keine Bemerkungen mehr hören müssen, dass sie an Ostern oder Weihnachten arbeiten gehen sollen, wenn sie den freien Tag schon nicht zum Kirchengang nutzen oder zumindest ihre Kinder im christlichen Sinne unterweisen.

Es dürfte dann auch keine Einschränkungen, wie ein Tanz- oder Vergnügensverbot bei religiös begründeten Feiertagen mehr geben, solange die Religionsausübung der entsprechenden Gemeinschaften nicht gestört wird.

Beispielhafte Diskussion: Wir sind nicht Niemand

Von den knapp acht Millionen Niedersachsen sind laut Angabe des statistischen Landesamtes über dreißig Prozent nicht Mitglied einer Kirche. Noch größer scheint der Anteil der Bürger zu sein, die sich keinen weiteren kirchlichen, christlichen oder überhaupt religiösen Feiertag wünschen, sondern einen säkularen Feiertag für alle, wie den Tag der Menschenrechte. Doch außer in Umfragen und den Leserforen der regionalen Tageszeitungen wird dieser Aspekt auch von den Medien bislang nicht angemessen aufgenommen.

Dabei ist die Feiertagsdebatte nur ein relativ „profanes“ Beispiel von vielen. Sowohl die Medien als auch die Politik haben die Interessen und Bedürfnisse der nicht religiös gebundenen Bürger „nicht auf dem Schirm“ oder sie erliegen dem Narrativ der Kirchen, dass Religion, insbesondere das Christentum, mit Moral und Werten gleichzusetzen sind. (Mehr dazu in Ausgabe 3|2017, „Politik, Demokratie und Humanismus“. Download als Pdf auf: www.hvd-niedersachsen.de/download.html)

Ein weiteres Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit ist die Debatte zur Sterbehilfe. Hier hat der Bundestag gegen den Willen der Mehrheit die Freiheit der Bürger genau an der Stelle massiv eingeschränkt, wo sie auf Hilfe bei der Umsetzung ihres persönlichen Willens am meisten ange-

wiesen sind: am Lebensende. Kaum irgendwo wurde die Diskrepanz zwischen kirchlichen Dogmen und deren Einfluss auf die Politik einerseits und dem Willen zum selbstbestimmten Leben und Sterben der Menschen andererseits deutlicher. (vgl. Seite 9, Beitrag Gita Neumann)

Humanisten können all dies nur als langfristigen Auftrag annehmen, beharrlich und mit Geduld weiter daran zu arbeiten, dass sie als gleichwertige Bürger wahrgenommen werden, die ebenso Werte, Moral und Würde besitzen, wie andere auch. Das gilt für unseren Verband mit seinen Haupt- und Ehrenamtlichen als anerkannte Körperschaft, aber auch für jede einzelne Person, die sich als nichtreligiös, weltlich-humanistisch bezeichnen kann.

Humanisten (ob mit oder ohne Mitgliedschaft) müssen sich weiter in Politik und Medien als Gruppe wahrnehmbar machen. Medienvertreter und Politiker müssen lernen, dass es Konfessionsfreie und Humanisten gibt. Sie müssen die Faustregel verinnerlichen: „Wenn ich es für angebracht halte, Kirchenvertreter zu bestimmten Themen zu befragen, dann muss ich auch an den Rest denken, der zum allergrößten Teil nicht religiös ist und sich an humanistischen Werten orientiert.“ Das sind wir Humanisten. Wir sind nicht Niemand.

Säkulare Position wird ignoriert

Bereits zum Jahreswechsel hat der Humanistische Verband eine Onlinepetition eingerichtet, in der die Einführung des Internationalen Tags der Menschenrechte als Feiertag für alle gefordert wird. Diese Petition läuft noch bis zum 6. Juni, doch erscheint es zum Redaktionsschluss

stand mit seiner kategorischen Ablehnung gegenüber jedem zusätzlichen arbeitsfreien Tag auf verlorenem Posten. Prälat Felix Bernard vom katholischen Büro hegte gegenüber dem aus seiner Sicht eher spaltenden Reformationstag Bedenken, die seiner Beobachtung nach bei



Guido Wiesner (vierter von links) vertritt die säkulare Position auf dem Podium des HAZ-Forums.

dieser Zeitschrift nicht unwahrscheinlich, dass der Landtag noch vor Ablauf der Petition entscheiden wird.

Seitdem hat der Verband durch Pressemitteilungen und Schreiben an die Landtagsfraktionen, den Ministerpräsidenten Weil und seinen Stellvertreter Althusmann die Missachtung des nichtreligiösen Bevölkerungsanteils in dieser Sache beklagt. Nachdem in der Folge Vertreter der großen Amtskirchen angehört wurden, nicht aber unser Verband als säkulare Stimme, sahen wir uns gezwungen, einen offenen Brief an Ministerpräsident Weil zu senden. Auf diesen folgte zwar keine direkte Reaktion des Adressaten, wohl aber eine Einladung zum Forum der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, deren Ergebnisse wir im Folgenden kurz darstellen wollen.

Bürger und Verbände fühlen sich bei Entscheidung nicht mitgenommen

Auf das Podium des HAZ-Forums am Mittwochabend des 7. Februar wurden Vertreter einiger Religionsgemeinschaften, der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und nun auch der Humanisten geladen.

Am von der Regierung vorgeschlagenen Reformationstag bzw. an der bisherigen Entscheidungsfindung hatten – bis auf den Vertreter der evangelischen Kirche, Arend de Vries – alle Podiumsgäste Kritik zu üben. Der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände, Volker Müller,

Ministerpräsident Weil leider auf wenig Gehör gestoßen seien. Michael Fürst, Vertreter der Jüdischen Gemeinden, lehnte den Reformationstag schlicht ab. Sein Eindruck bei der Anhörung war ähnlich, insoweit die Entscheidung für den Reformationstag längst gefallen sei.

Weltlicher Feiertag erhält den größten Zuspruch

Sowohl der Präsident des Humanistischen Verbandes Niedersachsen, Guido Wiesner, als auch Mehrdad Payandeh, DGB Bezirkschef, bevorzugten einen weltlichen Feiertag, was vom Publikum mit Beifall bedacht wurde. Überhaupt war es der Tenor der Publikumsbeiträge, dass ein Feiertag gewünscht wird, zu dem die Bürger einen Bezug haben, bei dessen Auswahl sie daher auch beteiligt sein wollen. Nicht zufällig entsprachen alle Terminvorschläge aus dem Plenum weltlichen Anlässen, die Bedeutung für alle Bürger in Niedersachsen haben und nicht nur für einen Teil der Christen, die sich auf jemanden wie Luther berufen.

Bei der spontanen (nicht repräsentativen) Umfrage des Moderators Conrad von Meding wollten weniger als 10 % auf einen weiteren arbeitsfreien Tag verzichten. Von den anderen wünschte sich die Hälfte einen Tag ohne religiösen Bezug, jeder Dritte den Reformationstag und jeder Zehnte einen anderen religiösen Feiertag.

Lutz Renken



Wer wir sind

Rechtliche Stellung und staatlicher Auftrag

Der Humanistische Verband Niedersachsen ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts den Kirchen gleichgestellt. Laut Staatsvertrag von 1970 ist eine seiner Aufgaben die humanistische Betreuung konfessionsfreier Menschen – nicht nur der eigenen Mitglieder.

An wen richtet sich der Verband?

Wir setzen uns für eine humanere Gesellschaft ein und nehmen dabei besonders die Interessen und Bedürfnisse der etwa zwei Millionen

humanistisch orientierten, nichtreligiösen Niedersachsen in den Blick.

Interessenvertretung

Der Humanistische Verband setzt sich für die Interessen von Menschen ohne religiöses Bekenntnis ein.

Für religiös-weltanschauliche Neutralität

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der Staat und Kirche klar getrennt sind und Mitglieder von Religionsgemeinschaften gegenüber nichtreligiösen Menschen nicht weiter bevorzugt werden.

Förderung von Humanität und Menschenrecht

Oberster Zweck des Verbandes ist die Förderung von Humanismus und Humanität auf weltlicher Grundlage.

Der Begriff Humanität ist älter als das Christentum und lässt sich zurückverfolgen bis in die Antike. Er hatte schon dort die Bedeutung einer „Gleichheit aller Menschen“ sowie von „Bildung“ – im Sinn einer Zivilisierung – und „Barmherzigkeit“. Solidarität und Menschenrechte sind moderne Erscheinungsformen von Humanität.

Unsere Leistungen und Angebote

Wir organisieren unseren Humanismus als Weltanschauung, die praktische Hilfen und Unterstützung anbietet. Unsere Angebote stehen allen Menschen offen, sie richten sich aber insbesondere an Konfessionsfreie.

Humanistische Lebensfeiern

Unsere FeiersprecherInnen begleiten Menschen an den wichtigen Tagen ihres Lebens – bei Namens- und Adoptionsfeiern, bei ihrer Hochzeit und bei Trauerfeiern.

Soziale Einrichtungen

Unser Verband betreibt derzeit ein Studentenwohnheim, mehrere Kindertagesstätten, eine Flüchtlingsbegegnungsstätte und eine Einrichtung zur individuellen Förderung von Schulkindern.

Jugendverband

Bei den Jungen Humanisten („JuHus“) engagieren sich junge Menschen ab 14 Jahren. Sie begleiten als TeamerInnen und JugendleiterInnen

die humanistischen Jugendfeiern und veranstalten regelmäßige Ferienfreizeiten. Die JuHus bieten Raum für Mitbestimmung, Engagement und vieles mehr.

Betreuung, Beratung und Bildung

Wir beraten zu Patientenverfügungen, bieten Unterstützung zum Beispiel für Kinder, Eltern und Lehrer und veranstalten interessante und abwechslungsreiche Vorträge und Bildungsseminare.

Kontakt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Lutz Renken | Telefon: 0441 99 86 13 90 | Mail: renken@humanisten.de

Landesgeschäftsstelle HVD Niedersachsen:

Otto-Brenner-Str. 20–22 | 30159 Hannover

Telefon: 0511 16 76 91 60 | Mail: zentrale@humanisten.de

Mehr zum Humanistischen Verband, seinen Angeboten und Einrichtungen finden Sie auf: www.hvd-niedersachsen.de



Humanismus

ist die Haltung all derer, die sich der Menschlichkeit und der Vernunft verpflichtet fühlen, statt sich religiösen Vorstellungen zu unterwerfen.

Antworten auf die Sinnfragen des Lebens finden Humanisten nicht in einer übernatürlichen Welt, sondern im Hier und Jetzt. Wichtig ist das menschliche Zusammenleben in seiner Vielfalt.



Der Humanistische Verband Niedersachsen

In Niedersachsen sind wir per Staatsvertrag beauftragt, unsere Mitglieder und andere, keiner Konfession zugehörigen Menschen, humanistisch zu betreuen und zu vertreten.

Wir setzen uns für die Interessen der Konfessionsfreien ein und führen weltliche Lebensfeiern durch. Wir sind Träger humanistischer und sozialer Einrichtungen und bieten einen Rahmen für Austausch und Engagement.

Als Mitglied unterstützen Sie unsere Arbeit, können an der verbandlichen Willensbildung teilhaben und erhalten Vergünstigungen für viele unserer Leistungen und Angebote.



Besuchen Sie uns im Internet auf:
www.hvd-niedersachsen.de oder vor Ort.

Wir freuen uns auf Sie!

Feiertag: Die Debatte geht weiter

Gemeinsamkeit statt Spaltung feiern! Der Humanistische Verband fordert den Tag der Menschenrechte am 10. Dezember als Feiertag für alle.

Online-Petition für weltlichen Feiertag

Unterstützen Sie unsere Bemühungen für einen weltlichen Feiertag! Bis zum 5. Juni können Sie unsere Online-Petition zur Einführung des Internationalen Tags der Menschenrechte noch unterschreiben: www.openpetition.de/petition/online/ein-feiertag-fuer-alle



Freiheit und Verantwortung

Am Sonntag, den 4. März um 7.15 Uhr wird auf NDR Info ein Gespräch zwischen HVD Landesgeschäftsführer Jürgen Steinecke und dem Präsidenten des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, Michael Fürst, ausgestrahlt. Schwerpunkt auch hier: Die Debatte um den Reformationstag.

